Zurück zur europäischen Alchemie

Der stockende deutsch-französische Motor

Mariano Barbato*

» Die Stärke des deutsch-französischen Motors rührt aus der Fähigkeit, Gegensätze in eine gemeinsame Politik der Europäer umzumünzen. Europäische Gegensätze werden so in der deutsch-französischen Alchemie zur Stärke des gemeinsamen Motors. Auf diese Alchemie scheint man sich derzeit nicht mehr zu verstehen. Gegensätze werden nicht nur vehement ausgetragen, ihre deutsch-französischen Überbrückungsversuche fallen problematisch aus.

Le moteur franco-allemand à la peine

Si la force du moteur franco-allemand consiste à transformer les antagonismes en politique commune des Européens, il apparaît aujourd'hui que l'on ne comprend pas trop pourquoi ces antagonismes sont exprimés désormais avec une véhémence telle que les tentatives de les surmonter posent problème de toute évidence.

Le tandem franco-allemand, estime l'auteur, perd son équilibre, dès lors que l'un ou l'autre veut s'emparer du guidon, sans pour autant pouvoir convaincre son partenaire d'appuyer sur les pédales. L'Europe pourtant a besoin d'imposer les valeurs de stabilité, de solidité et de solidarité pour sortir de la crise actuelle, aussi bien dans le domaine de la politique étrangère que celui de l'économie.

Réd.

Deutschland scheint seine ökonomische Macht gegen politische Lösungsversuche Frankreichs auszuspielen. Wenn griechische Protestierer ein Transparent hochhalten, auf dem nicht nur der europäische Sternenkranz zum Hakenkreuz mutiert, sondern auch noch Merkel und Sarkozy gleichermaßen als Nazis beschimpft werden, dann hat der deutsch-französische Motor für Europa offenkundig versagt. Im Falle der Libyenintervention ist der deutsch-französische Motor aufgrund der deutschen Enthaltung im UN-Sicherheitsrat gar nicht erst angesprungen. Das weitgehende deutsche Desinteresse an der politischen Gestaltung des Mittelmeerraums wird sich Europa nach den arabischen Revolutionen jedoch nicht mehr leisten können.

Deutschland und Frankreich gelten als der Motor der europäischen Integration. Um sich diese Motorenfunktion zu verdeutlichen, muss man sich die grundlegende Funktionsweise der Europäischen Union in Erinnerung rufen. Trotz der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, jüngst mit dem Vertrag von Lissabon, wird Europa immer noch nahe am Konsens regiert. Wenn bei 27 Mitgliedern – mit immer noch steigender Tendenz – Kompromisse gefragt sind, treten unweigerlich Steuerungsprobleme auf. Am einfachsten gelingen Entscheidungsprozesse bei klaren Konfliktlinien. Idealtypisch spaltet sich die Diskussion in eine Pro- und in eine Kontragruppe. Wenn ein Kompromiss gefragt ist, zählt nicht das Stimmengewicht wie bei einer Mehrheits-

* Dr. Mariano Barbato ist Privatdozent an der Universität Passau und DAAD-Langzeitdozent an der Babes-Bolyai Universität Cluj-Napoca / Klausenburg.

entscheidung, sondern die Fähigkeit, möglichst alle Partner zu überzeugen. Die Integrationstheorie hat hier viel über *Package Deals,* Exit-Drohungen und Ausgleichszahlungen geforscht. Am effizientesten gestaltet sich ein solcher Kompromiss aber, wenn die Repräsentanten der Extrempositionen zusammenfinden und dadurch die Führung übernehmen. Wer die virulenten Widersprüche verkörpert, der führt die europäische Politik.

Deutschland und Frankreich sind lange Zeit der Motor der europäischen Praxis gewesen, weil sie es waren, die diese Widersprüche zuerst verkörpert und dann zusammengeführt haben. Der deutsch-französische Motor verliert seine Kraft, wenn Frankreich und Deutschland nicht mehr die gegensätzlichen Lager zu einer Einigung führen. Da die europäische Integration mit Churchills Zürich-Rede und dem Schuman-Plan um den deutsch-französischen Konflikt herum begann, ergab sich die Rolle der Repräsentation des zentralen Konflikts aus der historischen Situation. Deutschland und Frankreich mussten sich aussöhnen, damit Europa vorankommen konnte. Doch nicht nur der historische Ausgangspunkt, sondern auch in den konkreten Sachfragen bildeten die beiden über ihre Konflikte den Mittelpunkt der europäischen Diskussion. Diese Gegensätze reichen von wirtschafts-, und außenpolitischen Fragen bis zu grundsätzlichen Ansätzen über Strukturen des Regierens. Wenn sich zwischen diesen Kontrahenten eine Einigung abzeichnete, waren meist auch die Positionen der anderen Akteure eingebunden.

Das deutsch-französische Tandem gerät aus dem Tritt, wenn der eine sich am Lenkrad durchsetzt, ohne den anderen davon überzeugen zu können mitzutreten. Frankreich war bei der Erweiterung um Mittel- und Osteuropa nicht immer enthusiastisch dabei. Bei der Gestaltung des Mittelmeerraums tritt Deutschland nicht nur nicht in die Pedale, sondern eher auf die Bremse. Das deutsch-französische Gespann verliert aber auch Führungsfähigkeit, wenn es keine Gegensätze überbrücken muss. Das eklatanteste Beispiel war wohl der Versuch, eine europäische Außenpolitik gegen die amerikanische Irakpolitik zu organisieren. Wenn Deutschland und Frankreich sich einfach nur zusammenfinden, ohne dabei die virulent gewordenen europäischen Gegensätze zu überbrücken, müssen die Gegenargumente von den anderen Partnern gegen die deutsch-französische Achse vertreten werden.

A l'occasion de la Foire de Hanovre, les deux revues *Wirtschaftswoche* et *L'Usine nouvelle* ont publié un supplément commun de 34 pages sur les relations économiques entre la France et l'Allemagne.

Nur den Akteuren, denen es gelingt, die gegensätzlichen Vorgaben der europäischen Debatte aufzugreifen, denen gestehen die anderen Mitgliedsländer die Qualitäten zur Führung zu, weil sie die europäische Alchemie beherrschen, aus konfliktreichen Gegensätzen gemeinsame Stärken zu formen. Es bedarf jedoch für die Motorenfunktion einer echten Einigung. Diese Einigung wird zwischen Deutschland und Frankreich in der aktuellen Eurokrise nur schleppend und oberflächlich erzielt, in der Libyenintervention ist eine Einigung gescheitert. Mit der Eurokrise steht der innere Zusammenhalt auf dem Spiel, mit dem Scheitern am Mittelmeer untergräbt Europa seine außenpolitische Gestaltungsfähigkeit. Die Handhabung der Geheimnisse der europäischen

Alchemie um das Verwandeln von Gegensätzen in Gemeinsamkeiten muss Deutschland und Frankreich wieder einüben.

Das Scheitern europäischer Außenpolitik

Als der arabische Frühling im Februar 2011 begann, machte die französische Diplomatie keine gute Figur. Die französischen Außenministerin bot dem bedrängten tunesischen Regime wenige Tage vor dem erfolgreichen Umsturz noch polizeiliche Unterstützung bei der Aufstandsbekämpfung an. Mit Ben Ali stürzte in Tunesien ein alter Freund Frankreichs. Als Gaddafi in Libyen ebenfalls unter Druck geriet, war eine Freundschaft neueren Datums betroffen. Gaddafi, *enfant terrible* auch nach seiner Resozialisierung als Partner des Westens, hatte sich noch jüngst gegenüber Sarkozys Initiative einer Mittelmeerunion mehr als reserviert verhalten. Die sich schleppend entwickelnde Mittelmeerunion und damit die Politik Frankreichs, mit säkularen Autokraten zu kooperieren, geriet mit dem Erfolg der Revolution in Ägypten nicht nur deshalb in die Krise, weil ihr ägyptischer Vizepräsident zurücktreten musste. Der gesamte Ansatz war gefährdet. Frankreichs vitale Interessen am Mittelmeer standen und stehen auf dem Spiel. Als sich abzeichnete, dass anders als die Führung des tunesischen und ägyptischen Sicherheitsstaates Gaddafi und sein Clan bereit waren, die Revolution des libyschen Volkes blutig niederzuschlagen, reagierte Frankreich. Als Gaddafis Truppen auf die Rebellenhochburg Bengasi vorrückten, war ein von Gaddafi angekündigtes Blutbad zu befürchten. Im medial vermittelten Diskurs war es der französische Intellektuelle Bernard-Henri Levy, der mit pathetischen Worten Sarkozy von der Notwendigkeit einer Intervention überzeugte, um der französischen *mission civilisatrice* gerecht zu werden. Die Unterstützung der Arabischen Liga ermöglichte es, China und Russland im UN-Sicherheitsrat von einem Veto abzuhalten. Die vor allem von Frankreich, Großbritannien und den USA getragene Resolution 1973 machte den Weg für ein Eingreifen frei. Bengasi fiel keinem Massaker zum Opfer, Gaddafi ist noch nicht gestürzt, aber unter erheblichem Druck.

Unter erheblichen Druck geriet auch Deutschland, weil seiner Politik der Enthaltung die gemeinsame Außenpolitik der Europäer zum Opfer fiel. Deutschland ließ sich von Frankreich nicht überzeugen und beteiligte sich nicht nur nicht am Einsatz, sondern enthielt sich auch bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat. Während ein Beiseitetreten in militärischen Einsätzen an eine zwar überholt geglaubte, aber tiefverwurzelte Selbsteinschätzung einer Zivilmachttradition anknüpfen kann, ist eine Enthaltung in einer solchen Abstimmung beispiellos. Anders als im Konfliktfall Irak, als Deutschland mit Frankreich zusammen den UN-Sicherheitsrat gegen die USA und Großbritannien in Stellung brachte, bestand diesmal kein Riss zwischen den angelsächsischen und französischen Partnern Deutschlands. Deutschland musste nicht zwischen USA und Frankreich wählen, Deutschland trat aus eigenem Entschluss an die Seite Chinas und Russlands. Ein liberaler Außenminister, der in der großen außenpolitischen Tradition seiner Partei stehen möchte, muss sich nun von einem offensichtlich entsetzten Außenpolitikexperten Christian Hacke im Interview vorhalten lassen, dass Deutschland seit Ribbentrop keinen schlechteren Außenminister gehabt habe. Was Hacke entsetzte, war der nationale Sonderweg Deutschlands gegen seine westlichen Partner. Wenn Deutschland nicht auf den europäischen Weg zurückkehrt, ist die europäische Außenpolitik tatsächlich am Ende. Der deutsch-französische Gegensatz ist da, nur die europäische Alchemie, ihn in Gemeinsamkeit zu verwandeln, funktioniert nicht. Frankreich wird Deutschland davon überzeugen müssen, dass Deutschlands Stärke von Europa abhängt und zu Europas Stärke der Mittelmeerraum dazugehört.

Europa und die Eurokrise

Es ist nicht ohne Ironie, dass in der gegenwärtigen Bundesregierung Finanzminister Schäuble als einer der letzten überzeugten Europäer gilt. Denn sein Name zierte in den 1990er-Jahren das Schäuble-Lamers-Papier, das in der Diskussion um die Währungsunion einen ultrastarken Kern Europas kreieren wollte, der nicht einmal das Gründungsland Italien als Mitglied akzeptiert hätte. Deutsch-

land hatte in die Währungsunion seine europäische Leitwährung D-Mark nur unter der Maßgabe eingebracht, dass sich alle an deutsche Spielregeln der Stabilität halten. Dazu wurde auch einer der Grundpfeiler des Binnenmarkts abgeschafft. Es galt die Regel, dass der Binnenmarkt vor allem die wirtschaftlich starken Staaten begünstigen werde, da gerade deren Exportindustrie von den offenen Grenzen profitiert. Deswegen war es unstrittig, dass den schwächeren Staaten so geholfen werden müsse, dass sie nicht nur im harten Wettbewerb bestehen, sondern dass es mittels diverser Fonds auch eine regionale Umverteilung geben wird. Für den Euro galt nun eine andere Gleichung. Unterstützung konnte es im Rahmen der Kohäsionspolitik nur vor dem Beitritt zur letzten Stufe der Währungsunion geben. Bis dahin musste jedes Land so stark sein, dass das Einhalten der Konvergenzkriterien nicht nur ein einmaliger Akt, sondern von Dauerhaftigkeit geprägt war. Der von Deutschland oktroyierte Stabilitätspakt sollte dafür sorgen. Die Problematik dieser Konstruktion lag von Anfang an in einer doppelten Fehleinschätzung. Zum einen sind langfristig gewachsene wirtschaftliche Ungleichgewichte nicht per Kraftanstrengung aus der Welt zu schaffen. Paris und München wirtschaften anders als die Provinz. Genauso bleibt auch in der Währungsunion ein Gefälle zwischen Griechenland und Deutschland. Zum anderen lässt sich ein in finanzielle Schwierigkeiten geratenes Mitglied nicht besonders gut mit Geldbußen belegen. In der aktuellen Situation spricht auch niemand davon, dass Griechenland eigentlich ein bußgeldbewährtes Defizitverfahren anhängig hat. Geld kann man einem potentiellen Bankrotteur nur schwer nehmen. Nicht von ungefähr brachte Deutschland den Vorschlag ein, zukünftig solle die Strafe der Entzug des Stimmrechts sein. Eine Entmündigung war aber dann doch nicht konsensfähig. Es ist zu hoffen, dass sich Europa langsam zu einer Rückkehr zur Transferunion, die *avant la lettre* im Binnenmarkt schon bestand, durchringt.

Ähnlich wie im chinesisch-amerikanischen Verhältnis einseitig gespart und produziert bzw. konsumiert wurde, gibt es auch in der EU Ungleichgewichte, namentlich hat im deutsch-griechischen Verhältnis Deutschland die Produktion und Griechenland die Konsumtion übernommen. Der Status des Exportweltmeisters, den Deutschland so ungern an China abgibt, bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland weniger konsumiert als es produziert. Und das ist auch gut so. Denn bevor das durch Exporte eingenommene Geld wieder in Ausland geht, als Direktinvestition, Kredit oder Transferzahlung, hat es in Deutschland die Wirtschaft über viele Stationen hinweg angetrieben. Im Gegensatz zu China, das ungeheure Konsumreserven in seinem Land hat, sind die Deutschen, auch wenn der Durchschnitt nichts über innerdeutsche Ungerechtigkeiten sagt, am Weltkonsum hinreichend beteiligt. Mehr Konsum in Deutschland wird bei endlichen Ressourcen nicht die Lösung wirtschaftlicher Ungleichgewichte sein. Deswegen wird Deutschland immer mehr einnehmen als es ausgeben wird. Dieses Geld muss in den internationalen Finanzkreislauf zurückfließen. Deutschland muss sich deswegen nicht gegen eine Transferunion sträuben, nur sollte es intern das Missverhältnis zwischen privater und öffentlicher Hand besser ausgleichen.

Der am 10. Mai 2010 eingeschlagene und 2011 fortgesetzte Weg, gegen Geist und Buchstaben des Vertrags zum Euro zu verstoßen und den Weg in eine Transferunion zu gehen, war richtig. Doch statt hier Solidarität und Solidität nachhaltig wieder zusammenzubringen, was gerade in einem deutsch-französischem Tandem gut gelingen könnte, steht Europa in einer Zerreißprobe. Auf der einen Seite rechnen Deutschland mit Finnland, Österreich und Holland vor, wie viel sie zu den jeweiligen Rettungspaketen beitragen. Sie tragen zusammen gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft ca. 38 % der Lasten (Deutschland davon 27 %). Auf der anderen Seite stehen Länder wie Italien und Spanien, die ebenfalls einen Großteils des Risikos tragen, aber selbst als Wackelkandidaten gelten und Länder wie Frankreich und Luxemburg, die gewillt sind, ihren Anteil zu tragen und dennoch auf Solidität drän-

gen müssen. Italien, Spanien, Luxemburg und Frankreich tragen zusammen 50 % der Lasten (Frankreich davon 20 %). Das schöne deutsche Sprichwort, wer zahlt, schafft an, könnte bei diesen Relationen deutlich machen, warum Deutschland trotz markiger Sprüche immer wieder doch von den anderen zur Solidarität gedrängt werden kann: Deutschland ist gar nicht der Zahlmeister.

Solidarität und Solidität

Statt sich hier als reicher Kaufmann zu gerieren – das Deutsche kennt aus den am Gewürzhandel orientierten Anfängen der Globalisierung das Schimpfwort „Pfeffersack" dafür –, der nur mit zahlungskräftigen Kunden Handel treibt, sollte Deutschland dazu zurückkehren, seine Handelsmacht als Zivilmacht sozialverträglich und integrationsfördernd einzubringen. Im Sommer 2011 sah es manchmal eher danach aus, als würde sich der Pfeffersack noch die Pickelhaube aufsetzen. Wenn es Europa jedoch langfristig nicht gelingt, seine Werte von Solidarität und Solidität im ökonomischen Herzstück der Integration durchzusetzen, wird Europa die Projektionsmöglichkeit seiner Werte global nicht entwickeln können. Wenn Europa nicht stark genug ist, Griechenland und andere schwache Volkswirtschaften davon zu überzeugen, dass sie ihre strukturpolitischen Hausaufgaben machen, wird der globale Normexport, den sich die Europäische Union so gerne auf die Fahne schreibt, scheitern. Ohne Transferunion kann es keinen Euro, keinen Binnenmarkt, kein integriertes Europa geben. Der deutsch-französische Gegensatz ist da, jetzt kommt es darauf an, zur europäischen Alchemie zurückzukehren. Frankreich muss auch hier seinen deutschen Tandempartner wieder auf den europäischen Weg zurückholen.

Wenn die Unübersichtlichkeit der Gegenwart die Zukunft verdunkelt, kann der Blick in die Vergangenheit manchmal auch den Blick für die Gegenwart schärfen. Energiepolitik war schon einmal der Schlüssel zum europäischen Erfolg. In der Mittelmeerunion ist das Solarzeitalter auf dem Papier schon angebrochen. Schäuble schlägt das nun auch den Griechen vor. Vielleicht wäre hier energiepolitisch in Sachen Atompolitik sogar einmal – gern ohne die deutsche Hysterie zu übernehmen – französischerseits von einem deutschen Alleingang (den nicht nur die Italiener gegen ihre Regierung mitgehen möchten) zu lernen. *Euratom* gehört nun wirklich nicht zu den Glanzlichtern der europäischen Integrationsgeschichte. Vielleicht kann die ohnehin vorangetriebene energiepolitische Wende, dem von der Sonne gesegneten Süden rund ums Mittelmeer einen Trumpf in die Hand geben, der es dem Norden schmackhaft macht, die Verbindungen zum Süden nicht zu kappen, sondern zu stärken. Leider funktioniert Solarstrom momentan nur als Subventionsbetrieb, aber das wäre den Deutschen vielleicht egal.

In jedem Fall wird Frankreich Deutschland davon überzeugen müssen, dass nach der Osterweiterung jetzt auch der Süden an der Reihe ist, der alte wie der neue Süden. Griechenland gehört zu Europa. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat das seinen humanistisch zunehmend uninteressierten Landsleuten gerade erklären müssen. Frankreich darf Deutschland daran erinnern, dass Algerien als französisches Departement bis zu seiner Unabhängigkeit Teil der EWG war. Frankreich könnte sich mit den anderen Mittelmeeranrainern dafür stark machen, dass es vor dem karolingischen Europa eine griechisch-römische Welt gab, in der eine Levantinerin mit Namen Europa auf die griechische Insel Kreta entführt wurde und damit dem Kontinent seinen Namen gab. Der Mittelmeerraum ist europäisch. Leider haben sich aber momentan Deutschland und Frankreich nur in ihrer Ablehnung einer türkischen Vollmitgliedschaft zusammengefunden.

Mit der europäischen Integration dürfte es sich frei nach Che Guevara ähnlich verhalten wie mit der Revolution. Sie funktioniere wie ein Fahrrad; wenn es nicht in Fahrt bleibt, kippt es um. Das deutsch-französische Tandemteam sollte wieder in die Pedale treten.

Literaturhinweise

- Mariano Barbato, *Regieren durch Argumentieren.* Baden-Baden, 2005.
- Daniel Göler, Mathias Jopp, *L'Allemagne, la Libye et l'Union européenne.* In: *politique étrangère,* 2/2011.
- Jürgen Habermas, *Ein Pakt für oder gegen Europa.* In: *Süddeutsche Zeitung,* 7. April 2011.